

zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

Räume und Infrastruktur

1. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Arbeitsraumnot von Berliner Künstler*innen entgegenwirken und eine bezahlbare räumliche Infrastruktur der Freien Szene nachhaltig und krisensicher stärken?
2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie der Verdrängung von Berliner Künstler*innen aus dem Innenstadtbereich dauerhaft entgegenwirken?
3. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie bei der Entwicklung neuer Quartiere auch Raumangebote für künstlerisches Arbeiten schaffen? Inwiefern sollen hierbei auch private Bauherr*innen in die Pflicht genommen werden?
4. Wie schätzen Sie die Bedeutung des abgelaufenen Bestandsoptimierungsprogramm (BOP) ein und würden Sie sich für ein Nachfolge- oder Ersatz-Modell stark machen?
5. Setzen Sie sich für spartenübergreifende Produktions- und Präsentationsräume ein, die temporäre, gemeinschaftliche und kostenlose Nutzungen anbieten und in denen dialogischer Austausch und Vernetzung möglich ist?
6. Wie sichern Sie die in der Charta festgelegte langfristige Nutzung der gesamten Alten Münze als einen Ort der freien Kunst- und Kulturszene Berlins?
7. Setzen Sie sich dafür ein, dass mindestens 50 % des Tempelhofer Flughafenareals zukünftig für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden? Wieviel Prozent würden Sie für künstlerische Nutzungen vorsehen und welche Vision hierfür können Sie skizzieren?
8. Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich dafür ein, dass Orte und Räume der Kunst klimaneutral und barrierefrei werden?
9. Wie wollen Sie sich in Berlin und im Bundesrat für einen besseren Gewerbemiet*innenschutz und Regelung zur Begrenzung von Gewerbemieten einsetzen?
10. Wie könnten sowohl Veranstaltungsorte, die privatwirtschaftlich als KMU betrieben werden, als auch mit bürgerschaftlichem Engagement geführte Vereine bzw. hybride Einrichtungen dauerhaft als soziokulturelle Orte gesichert werden?

Antwort für den Themenbereich Räume und Infrastruktur:

Der Mangel an Räumen für Kunst und Kultur ist aus unserer Sicht eines der drängendsten Probleme für die Kreativen unserer Stadt.

Um diesen Problemen ganzheitlich begegnen zu können und dafür zu sorgen, dass Berlin nicht nur Sehnsuchts- sondern auch weiterhin Produktionsort der Kreativen aus der ganzen Welt bleibt, haben wir folgenden Maßnahmenkatalog entwickelt, für dessen Umsetzung wir uns mit ganzer Kraft einsetzen werden.

1. Kultur einen festen Platz geben – Stadtentwicklungsplan Kultur

Die Entwicklung Berlins ist maßgeblich getrieben von unseren kulturellen und kreativen Räumen. Ihnen muss bei Stadtentwicklung und Raumnutzung ein deutlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Wir werden gemeinsam mit allen relevanten Akteuren einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten und darin Konzepte und Leitlinien zur Sicherung und Entwicklung von Kulturräumen in Berlin verankern.

2. Kulturelle Infrastruktur bei der Entwicklung von Stadtquartieren sicherstellen

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden angewiesen, bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Quartieren kulturelle Infrastruktur (Atelierhäuser, Aufführungs- und Proberäume für darstellende Kunst und Tanz, Musikübungsräume, Präsentationsorte für Kunst/Projekträume) in einem angemessenen Maße zu berücksichtigen. Hierfür sollen mindestens 2% der Neubauinvestitionen in kulturelle Infrastruktur investiert werden.

3. Landeseigene Flächen für kulturelle Infrastruktur nutzen

Wir werden landeseigene Flächen, insbesondere die Neben- und Restflächen landeseigener Gesellschaften, unbürokratisch für den Neubau von kultureller Infrastruktur zur Verfügung stellen. Besondere Bedeutung haben hierbei die Flächen des ehemaligen Spreeparks. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Bezirken prüfen, welche Potentiale sich dort realisieren lassen, beispielsweise durch die Nutzung der Strandbäder als Veranstaltungsorte für Kulturevents.

4. Nutzung von landeseigenen Immobilien für kulturelle Zwecke

Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) soll künftig in enger Kooperation mit Akteuren aus der Kulturszene die Nutzung von landeseigenen Immobilien für kulturelle Zwecke, etwa durch die Einrichtung von Atelier- und Proberäumen, ermöglichen. Hierbei ist zur langfristigen Sicherung von Kulturräumen neben der Miete bevorzugt auf Pacht und Erbpacht zurückzugreifen. Ebenso werden wir alle nicht genutzten Liegenschaften der landeseigenen Unternehmen auf die Möglichkeiten einer kulturellen Nutzung überprüfen.

5. Klare Rahmenbedingungen für die Schaffung von Kulturräumen

Durch das Setzen klarer Förderrichtlinien werden auch einzelne Künstler und Künstlerinnen in die Lage versetzt und dazu motiviert, geeignete Räume zu suchen und zu akquirieren. Dadurch ergeben sich weitere signifikante Potentiale für die Schaffung von Kulturräumen.

6. Private Initiativen für Kunst- und Kulturräume unterstützen

Wir werden über die Förderung von privaten Institutionen nicht nur bestehende Räume zur kostengünstigen kulturellen Nutzung erhalten, sondern auch neue bezahlbare Kreativräume für die Kunst und Kultur in unserer Stadt schaffen.

7. Scoutprogramm zur Schaffung von Atelierräumen

Wir werden ein Scoutprogramm zur Gewinnung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler auflegen, welches über die Gewährung flexibler Baukostenzuschüsse einen wichtigen Beitrag für die Gewinnung von Arbeitsräumen durch Künstler(-gruppen) unter Einschluss privater Eigentümer leisten wird.

8. Kulturflughafen Tempelhof

Wir werden den ehemaligen Flughafen Tempelhof schrittweise zu einem Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft weiterentwickeln. Insbesondere der Ansiedlung der Deutschen Film- und Fernsehakademie (DFFB) kommt hierbei eine große Bedeutung zu.

Darüber hinaus müssen, wie im Bereich des Sports, auch für alle Sparten der freien Szene Berlins kostenfreie Proberäume etwa in den Bezirken zur Verfügung gestellt und durch zentrale Vergabestellen koordiniert werden.

Partizipation, Teilhabe & Diversität

11. Wie wollen Sie künstlerische Selbstverwaltungsstrukturen stärken (z.B. durch Finanzierung von Beratungs- und Geschäftsstellen)? Wie wollen sie die Expertise künstlerischer Verbände, Initiativen und Netzwerke bei kulturpolitischen Entscheidungen einbeziehen?

Antwort:

Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie elementar Kultur für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist. Aus diesem Grund werden wir uns, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mindereinnahmen und den daraus resultierenden engeren Spielräumen, für eine auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur und den Erhalt bestehender Strukturen einsetzen. Dieses Ziel verfolgt primär auch unser Vorschlag der gesetzlich geregelten Kulturförderung im Rahmen eines Kulturgesetzes. Hier sollen auch Zielsetzungen der Kulturpolitik strategisch vorgenommen und evaluiert werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die Förderung weiterer Träger nach Prüfung des Einzelfalles in Betracht kommen. Aktuell kann jedoch noch keine seriöse Aussage über die zur Verfügung stehenden Spielräume in der Zeit nach der Pandemie getroffen werden.

Siehe ebenso Antwort zum Themengebiet Kulturförderung & soziale Absicherung.

12. In welchen kulturellen Entscheidungsprozessen sehen Sie eine verbindliche partizipative Teilhabe von Vertretungen der Freien Szene vor? Wie stellen Sie sich diese konkret vor?

Antwort:

Ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden insbesondere über die Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung des Landes sind aus unserer Sicht, unabhängig vom konkreten Format, unerlässlich und daher in einem von uns geforderten Kulturgesetzbuch zu fixieren. Durch die von uns in diesem Kontext geforderte regelmäßige Kulturförderplanung und Berichterstattung wird darüber hinaus eine kulturpolitische Debatte, Festlegung und Selbstvergewisserung über die Ziele der Berliner Kulturpolitik und Kulturförderpolitik erreicht.

13. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie das Anliegen der Freien Berliner Kunstszene unterstützen, in der Kulturpolitik aktiv gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus, Ageism und andere Diskriminierungsformen vorzugehen?

Antwort:

Jede Form von Diskriminierung aber auch Extremismus ist aus unserer Sicht abzulehnen und mit rechtstaatlichen Mitteln zu bekämpfen.

Hierfür ist die Zusammenarbeit aller Bereiche unserer Stadtgesellschaft unerlässlich. Neben der Unterstützung von bestehenden Initiativen aber auch Institutionen wie dem Theater RambaZamba, sind beispielsweise Kooperationen zwischen Kulturschaffenden etwa aus dem Bereich der freien Szene und Schulen zu fördern, welche sich kritisch mit diesen Themen auseinandersetzen und demokratiefördernd wirken.

Insbesondere der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus und Antizionismus ist uns ein besonderes Anliegen.

14. Wie stellen Sie Diversität in den Förderstrukturen, künstlerischen Institutionen (vor und hinter der Bühne), in den Verwaltungen und in den Jurys sicher?

15. Wie wollen Sie Förderinstrumente bzw. den Zugang zu ihnen barrierefrei, inklusiver, multilingualer und entbürokratisierter gestalten? Welche Maßnahmen und Änderungen in den vorhandenen Förderstrukturen und -kommunikation sowie in den Kultureinrichtungen, Spielstätten und Ausstellungsorten halten Sie für notwendig, um eine barrierefreie Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen sowohl auf der Rezipient*innen- als auch auf Produzent*innenebene zu erreichen? Künstler*innen mit Behinderungen benötigen auch geförderte, bezahlbare Arbeitsräume. Welche Vorschläge haben Sie, um diesen Anteil an Räumen zu erhöhen?

Antwort:

Siehe Antwort zum Themengebiet Kulturförderung & soziale Absicherung.

Kulturförderung & soziale Absicherung

16. Inwieweit wollen Sie sich auf Bundesebene für eine verbesserte soziale Absicherung und gegen die Altersarmut von (Solo-)Selbstständigen und dabei insbesondere Kunstproduzent*innen einzusetzen (z.B. Arbeitslosenversicherung, Zugang zur Grundrente)?

17. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Instrumenten wollen Sie die Förderung der Freien Szene stärken und bedarfsgerechter gestalten, um freien Künstler*innen das nachhaltige, langfristige und kontinuierliche künstlerische Arbeiten zu ermöglichen? Welche Perspektiven sehen Sie hierbei für einen substanziellen Ausbau langfristiger Individualförderungen, die auch die Recherche-, Entwicklungs- und Abwicklungsarbeit finanziell angemessen abbilden?

18. Setzen Sie sich für zwingend verbindliche Honoraruntergrenzen für freie Künstler*innen als Förderkriterium in allen Förderungsinstrumenten (Projekte, Ensembles, Einrichtungen) ein?

19. Wollen Sie freien Künstler*innen und Kunstproduzent*innen aller Sparten den Zugang zu wesentlichen Förderinstrumenten wie der Basisförderung ermöglichen? Wie wollen Sie dabei eine angemessene und spartengerechte Verteilung der Fördersummen sicherstellen und auch spartenübergreifende bzw. interdisziplinäre Künste, wie z.B. das Musiktheater mit seinen besonderen Mittelbedarfen angemessen berücksichtigen?

20. In den letzten Jahren ist die Zahl der Förderanträge stark gestiegen, sodass fast alle Förderinstrumente stark überzeichnet sind. Wie wollen Sie die Fördermittel im nächsten Haushalt anpassen, um diese Situation zu verbessern und in welchem Maß?

21. Wie beurteilen Sie die aktuell praktizierten Verfahren, um Jurys und Beiräte zu besetzen? Welche Ideen und Konzepte haben Sie, um Jurys divers und transparent zu besetzen?

22. In welchem Verhältnis steht die Förderung der freien professionellen Künstler*innen zur Förderung der Institutionen? Welchen Anteil sollte die Förderung der freischaffenden Künstler*innen im gesamten Förderetat einnehmen?

23. Welche Änderungen in der Fördersystematik wollen Sie als Lehre aus Corona langfristig und nachhaltig einführen? Inwiefern wollen Sie sich in diesem Zusammenhang auch für Änderungen im Zuwendungs- und Haushaltsrecht einsetzen?

24. Welche Förder- und Hilfsmaßnahmen wollen Sie ergreifen, damit die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie für Freie Künstler*innen und künstlerische Orte abgemildert werden?

25. Wie stellen Sie sicher, dass die Mittel für die Freie Szene im Zuge von möglichen Einsparungen zur Tilgung von Corona-Krediten nicht gekürzt werden? Welche Prioritäten setzen Sie hierbei?

26. Wie wollen Sie die bezirkliche Kulturförderung auch in den Randbezirken stärken?

27. Wie wollen Sie bewirken, dass zukünftig mehr künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum aller Bezirke stattfinden? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dabei Genehmigungsverfahren vereinfachen?

28. Wie stehen Sie zur Idee, ein Kulturfördergesetz für Berlin auf den Weg zu bringen? Wo sehen Sie Chancen und wo Risiken? Welche verbindlichen Standards und Vorgaben in einem Kulturfördergesetz wären Ihnen wichtig?

29. Der Vereinbarkeit von Elternschaft und künstlerischer Produktion wird im Kunstbetrieb und in den Fördertableaus immer noch kaum Rechnung getragen. Künstler*innen mit

Kindern haben es besonders schwer, Arbeits-, Produktions- und Präsentationsbedingungen vorzufinden, die ihren Belangen gerecht werden.

Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um Abhilfe zu schaffen? Setzen Sie sich für Mutterschaftsstipendien ein, für familienfreundliche Aufenthaltsstipendien in Berlin oder einem Unterstützungsfonds für freie Veranstalter*innen, die es ermöglichen Autor*innen Betreuungsangebote für deren Kinder anzubieten?

Antwort für den Themenbereich Kulturförderung & soziale Absicherung:

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist eine gesetzliche Regelung unerlässlich, um einen verlässlichen Rahmen zu schaffen, welcher den Amateurbereich im Kontext der Kultur stärkt und gleichzeitig eine ausdifferenzierte gesetzliche Regelung für die Kulturförderung schafft.

Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines Berliner Kulturgesetzbuches ein, welches explizit auch eine transparente und innovative Kulturförderung umfasst.

Ziel unserer Initiative ist - insbesondere in den kommenden schwierigen Zeiten im Nachgang der Corona-Pandemie -, den Stellenwert und die Wichtigkeit der Kultur und ihrer Förderung für unsere Stadt festzuschreiben und den Akteuren eine solide und unbestreitbare Handlungsbasis zu verschaffen.

Die für eine professionelle Kulturarbeit relevanten Rechtsvorschriften sollen übersichtlich und systematisch in einem einzigen Gesetzbuch zusammengeführt werden. Mit der Schaffung des Kulturgesetzbuches soll Bürokratie reduziert und Freiräume für die Entfaltung von Kunst und Kultur geschaffen werden. Alle in Kunst und Kultur Tätigen sollen sich schnell und einfach über die einschlägigen Rechtsgrundlagen informieren und die für sie geeigneten Förderinstrumente finden und nutzen können.

Aufgaben der Kulturförderung müssen aus Sicht der CDU gesetzlich klar definiert sein, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden zu erreichen, insgesamt aber auch die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen.

Grundlage der Kulturförderung des Landes Berlin soll daher zukünftig der für die Dauer einer Legislaturperiode geltende Kulturförderplan sein, welcher die Ziele,

Entwicklungsperspektiven und Schwerpunkte konkretisieren sowie Handlungsfelder und Angaben zu den Handlungsfeldern sowie zu den geplanten Ausgaben machen soll.

Um ein Höchstmaß an Transparenz sicherzustellen, ist ein jährlicher Kulturförderbericht geplant, in dem die Fördermaßnahmen in ihrer Gesamtheit und ihren Zusammenhängen dargestellt werden sollen.

Am Ende einer jeden Legislaturperiode ist ein Landeskulturbericht vorgesehen, der zur Umsetzung des zu Beginn der Wahlperiode aufgestellten Kulturförderplans, zur Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie zur Lage der Kultur Berlins insgesamt berichtet und Stellung nimmt. Dieser Bericht soll auch mögliche Schlussfolgerungen für künftige Schwerpunkte der Kulturförderung darstellen. Eine regelmäßige Evaluation der Förderung und die damit einhergehende Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit dieser, aber auch ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden über die Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung des Landes sind aus unserer Sicht unerlässlich und daher in einem von uns geforderten Kulturgesetzbuch zu fixieren.

Diese staatliche Kulturförderung, welche aus unserer Sicht zwingend frei von jeder ideologischen und politischen Beeinflussung – etwa über Förderprogrammgestaltungen und Jurybesetzungen – sein muss, kann und soll aber nicht als flächendeckender Kulturarbeitgeber fungieren.

Wo aber staatliche Kulturförderung gewährt wird, müssen die Ergebnisse ein angemessenes Auskommen ermöglichen. Wir werden die Fördersysteme so umgestalten, dass die Energien nicht durch bürokratische Antragsverfahren gebunden werden, sondern dem kulturellen Schaffensprozess zur Verfügung stehen. Zukünftig müssen Arbeits-, Zeit- und Recherchestipendien stärker zum Zuge kommen.

Unabhängig von staatlicher Kulturförderung ist die aus unserer Sicht beste Absicherung für Künstlerinnen und Künstler jedoch ein stabiles, gerechtes und starkes Urheberrecht. Des Weiteren sollte jede öffentlich geförderte Einrichtung oder jedes Projekt verpflichtet sein, die Beschäftigten angemessen zu bezahlen.

Darüber hinaus sind die Themen Arbeitslosenversicherung für selbstständige Künstler, welche der Kulturrat angeregt hat, wie auch der Zugang von Selbstständigen zur Arbeitslosenversicherung wichtige kulturpolitische Projekte, denen wir uns im Austausch und Zusammenspiel mit den anderen Bundesländern aber auch dem Bundestag widmen müssen. Lösungswege auf Landesebene wären zu kurz gegriffen und würden der Bedeutung dieses Themenkomplexes nicht gerecht werden.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die freie Szene elementar für die Berliner Kulturlandschaft ist, weshalb wir eine weitere Unterstützung begrüßen. Vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der Folgen der Corona-Pandemie für den Kulturhaushalt lassen sich Aussagen zu konkreten Mittelverwendungen aus jetziger Sicht kaum seriös beantworten.

Transparenz

30. In welchen Bereichen der Berliner Kulturpolitik fordern Sie mehr Transparenz und welche konkreten Maßnahmen hierfür schlagen Sie vor?

Antwort:

Siehe Antwort zum Themengebiet Kulturförderung & soziale Absicherung.

31. Setzen Sie für einen neuen Kulturförderbericht ein, der gemeinsam mit Akteur*innen aus Kunst und Kultur (inkl. der Freien Szene) erstellt wird?

Antwort:

Siehe Antwort zum Themengebiet Kulturförderung & soziale Absicherung.

32. Inwiefern setzen Sie sich für den Ausbau und die Stärkung der knappen Verwaltungsstruktur ein, um unsere Forderungen gemeinsam und nachhaltig umsetzen zu können?

Antwort:

Neben den Defiziten etwa in der technischen Ausstattung zahlreicher Institutionen hat die Corona-Krise uns aber auch gezeigt, wie elementar Kultur für unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben ist. Aus diesem Grund werden wir uns, auch vor dem Hintergrund der zu erwartenden Mindereinnahmen und den daraus resultierenden engeren Spielräumen, für eine auskömmliche Finanzierung von Kunst und Kultur und den Erhalt bestehender Strukturen einsetzen. Dieses Ziel verfolgt primär auch unser Vorschlag der gesetzlich geregelten Kulturförderung im Rahmen eines Kulturgesetzes. Hier sollen auch Zielsetzungen der Kulturpolitik strategisch vorgenommen und evaluiert werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die Förderung weiterer Träger nach Prüfung des Einzelfalles in Betracht kommen. Aktuell kann jedoch noch keine seriöse Aussage über die zur Verfügung stehenden Spielräume in der Zeit nach der Pandemie getroffen werden.

CityTax

2017 forderten wir: 100% der Einnahmen aus der City Tax für Kultur, mindestens 50% für die Freie Szene. Als Steuer eingeführt, fließt die City Tax jetzt in den Gesamt-Haushalt ohne eine Verwendungsbindung. Auch wenn ein vom Parlament vereinbarter Fixbetrag in den Kulturhaushalt fließt, hätte eine Ausgestaltung der City Tax als Abgabe eine politische Gestaltung der Mittelvergabe ermöglicht.

33. Was ist Ihre Position zu der Verwendung der Mittel aus der City Tax und wie wollen Sie Transparenz in der Verwendung der City Tax-Mittel sicherstellen?

34. Wie stehen Sie zu der Forderung der Freien Szene von 50% der Einnahmen aus der City Tax und wie würden sie diese umsetzen?

Antwort:

Die Kulturhauptstadt Berlin ist ohne Künstlerinnen und Künstler und die freie Szene undenkbar. Aus diesem Grund setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dass Einnahmen aus der City Tax auch für die freie Szene verwendet werden. Gerade auch vor dem Hintergrund des massiven Rückgangs der Übernachtungssteuer durch die Corona-Pandemie – wir sprechen über Mindereinnahmen von über 50 % für die Jahre 2020 und 2021 - werden wir uns auch in Zukunft gegen die Deckelung und für die flexible Gestaltung der City Tax einsetzen, um somit auch in finanziell schwierigen Zeiten die Kultur auskömmlich finanzieren zu können.